

## Niederschrift

**über die 15. Sitzung des verfahrensbegleitenden Ausschusses (vbA) zum  
Regionalen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städtregion Ruhr  
(Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen)**

**am Freitag, 10. Mai 2019, 13:00 Uhr – 13:30 Uhr**

**Rathaus, Stadt Essen, Porscheplatz 1, 45121 Essen**

### Anwesende:

<b>Mitglieder:</b>	Heinz-Dieter Fleskes	Stadt Bochum
	Roland Mitschke	Stadt Bochum
	Martina Foltys-Banning	Stadt Bochum
	Guntmar Kipphardt	Stadt Essen
	Uwe Kutzner	Stadt Essen
	Christoph Kersch	Stadt Essen
	Dr. Klaus Haertel	Stadt Gelsenkirchen
	David Fischer	Stadt Gelsenkirchen
	Ulrich Syberg	Stadt Herne
	Barbara Merten	Stadt Herne
	Pascal Krüger	Stadt Herne
	Johannes Terkatz	Stadt Mülheim an der Ruhr
	Oliver Willems	Stadt Mülheim an der Ruhr
Christina Küsters	Stadt Mülheim an der Ruhr	
Hans-Hermann Stollen	Stadt Mülheim an der Ruhr	
Regina Wittmann	Stadt Oberhausen	
<b>Verwaltung:</b>	Hans-Jürgen Best	Stadt Essen
	Martin Harter	Stadt Gelsenkirchen
	Felix Blasch	Stadt Mülheim an der Ruhr
	Rainer Mollerus	Stadt Oberhausen
<b>Gäste:</b>	./.	
<b>Schriftführerin:</b>	Birgit Mollen	Stadt Essen
Es fehlten entschuldigt:	Michael Bongartz	RVR
	Dr. Markus Bradtke	Stadt Bochum
	Karlheinz Friedrichs	Stadt Herne
	Sabine Lauxen	Stadt Oberhausen
	Prof. Peter Vermeulen	Stadt Mülheim an der Ruhr
	Dieter Wiechering	Stadt Mülheim an der Ruhr
	Claus Schindler	Stadt Mülheim an der Ruhr

TOP	Beratungsgegenstände	Drucksachen Nummer
A)	<u>Öffentlicher Teil</u>	
1.	<b>Abstimmung der Tagesordnung</b>	
2.	<b>Auslegungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP): 33 OB: Zeche Sterkrade Referent: Dezernentin der Stadt Oberhausen</b>	<b>001</b>
3.	<b>Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung, über das Ergebnis der Erörterung sowie Feststellungsbeschluss/Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Regionalen Flächennutzungsplan 34 GE: Westlich Lehrhovebruch Referent: Dezernent der Stadt Gelsenkirchen</b>	<b>002</b>
4.	<b>Sitzungstermin 2019</b>	<b>003</b>
5.	<b>Aktuelle Entwicklungen in der Region</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Sachstand Regionalplan Ruhr aus kommunaler Sicht</b> Referent: H. Best, Stadt Essen</li> </ul>	
6.	<b>Anträge</b>	
7.	<b>Anfragen von Ausschussmitgliedern</b>	
8.	<b>Mitteilungen der Verwaltung</b>	
B)	<u>Nicht öffentlicher Teil</u>	
	<i>.I.</i>	

Der Ausschussvorsitzende, Herr Guntmar Kipphardt, eröffnet um 13:00 Uhr die fünfzehnte Sitzung des vbA zum Regionalen Flächennutzungsplan der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen und heißt die Anwesenden im Rathaus der Stadt Essen herzlich willkommen.

Er stellt nunmehr fest, dass die Unterlagen für die heutige Sitzung fristgerecht übersandt wurden.

#### **1. Abstimmung der Tagesordnung**

Herr Kipphardt ruft die Tagesordnung auf. Die Tagesordnung wird ohne Anmerkungen angenommen.

- |           |   |            |
|-----------|---|------------|
| <b>2.</b> | <b>Auslegungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Regionalen<br/>Flächennutzungsplan (RFNP):<br/>33 OB: Zeche Sterkrade<br/>Referent: H. Mollerus, Stadt Oberhausen</b> | <b>001</b> |
|-----------|---|------------|

Herr Mollerus, Stadt Oberhausen, stellt sich zur Person einleitend kurz vor. Er ist seit etwa einem Jahr Bereichsleiter Planen bei der Stadt Oberhausen. H. Mollerus erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die 33. Änderung „Zeche Sterkrade“. Es handelt sich um eine 18,0 ha große, dreieckige Fläche, den Standort der ehemaligen Zeche Sterkrade. Die Fläche ist durch eine Bahnlinie vom Ortszentrum Sterkrade entfernt. Anstatt einer ursprünglichen Wohnnutzung soll zukünftig eine Mischbaufläche, in Anknüpfung an die gewerbliche Prägung des Umkreises entwickelt werden. Es handelt sich ausschließlich um eine flächennutzungsplanerische Änderung und nicht um eine Regionalplanänderung. Im Rahmen des bisherigen Verfahrens gab es keine wesentlichen Anregungen. Seitens der DB AG erfolgte der Hinweis, dass es insbesondere im Hinblick auf den Lärmschutz an der

BETUWE-Linie nicht zu erweiterten Anforderungen kommen darf. Es hat keine Änderung der Planung gegenüber dem Vorentwurf gegeben. Die nachfolgenden Ratsbeschlüsse sollen ab Sommer 2019 gefasst werden.

**Der Ausschuss empfiehlt eine zustimmende Beschlussfassung der kommunalen Gremien entsprechend dem Beschlussvorschlag des als Anlage beigefügten Entwurfes der gemeinsamen Ratsvorlage:**

**33 OB: Zeche Sterkrade**

Zu dem Änderungsverfahren gibt es keine Anmerkungen. Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

**3. Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung, über das Ergebnis der Erörterung sowie Feststellungsbeschluss/Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Regionalen Flächennutzungsplan 002**  
**34 GE: Westlich Lehrhovebruch**  
**Referent: Dezernent der Stadt Gelsenkirchen**

Herr Harter, Stadt Gelsenkirchen, erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den abschließenden Planbeschluss für das Gelsenkirchener Änderungsverfahren 34 GE „Westlich Lehrhovebruch“. Es handele sich um eine 44,3 ha große Fläche. Im Rahmen des RFNP Aufstellungsverfahrens war eine Sonderbaufläche vorgesehen, die allerdings nicht genehmigt wurde. Insofern handelt es sich im RFNP bislang um eine „Weißfläche“. Die vorwiegend landwirtschaftlich genutzte Fläche war im LEP ehemals als Standort für ein Großkraftwerk festgelegt. Nach Wegfall dieser Bindungswirkung werden die vorhandenen freiraumbezogenen Nutzungen als städtisches Planungsziel favorisiert. Die Eigentümerin der Fläche hat Bedenken gegen diese Absicht erhoben, da diese einer zukünftigen baulichen Entwicklung entgegensteht.

Geplant ist eine Darstellung als Fläche für die Landwirtschaft und überlagernde Festlegung als Regionaler Grünzug. Wesentliche Stellungnahmen seien vom Eigentümer der Fläche und der IHK eingegangen, die auch aufrechterhalten werden. Die vorgesehene RFNP Änderung sei mit dem Regionalplanentwurf kompatibel. Die Verbandsversammlung habe bereits im März 2019 das förmliche Einvernehmen erteilt. Es hat keine Planungsänderung gegenüber dem Vorentwurf gegeben, da der Freiraumschutz höher gewichtet wird. Es ist beabsichtigt, das Änderungsverfahren im 3. Quartal 2019 zur Genehmigung einzureichen.

Zu den Ausführungen von H. Harter ergänzt H. Mitschke, CDU Bochum, dass seine Fraktion die kritische Bewertung der Industrie- und Handelskammer teile und sich deshalb bei der Abstimmung enthalten werde. Herr Harter ergänzt, dass auch er den vorhandenen Gewerbeflächenmangel im Gelsenkirchener Stadtgebiet sehe, aber an dieser Stelle dem Freiraumschutz der Vorrang eingeräumt werde. Außerdem stellt die Fläche eine Kompensationsfläche dar. Es handele sich weiter um eine nicht integrierte Lage, in Gelsenkirchen würden konsequent bauliche Entwicklungen im Innenbereich forciert.

Insbesondere die überlagernde Festlegung eines Überschwemmungsbereichs im Regionalplanentwurf sei zu berücksichtigen. Die Begründung sei im Verfahren insbesondere zum Thema Hochwasserschutz ergänzt worden.

**Der vbA empfiehlt den Räten der beteiligten Städte folgenden Beschluss zu fassen:**

Der Rat der Stadt <Name> beschließt gemäß den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes (LPIG NRW) und Baugesetzbuches (BauGB) in Verbindung mit der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) jeweils in der geltenden Fassung die Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes (RFNP):

34 GE (Westlich Lehrhovebruch) nach vorangegangener Prüfung und Entscheidung über die im Verfahren abgegebenen und in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen.

Die Änderung besteht aus Plan, Textteil und beigefügter Begründung einschließlich Umweltbericht.

Die Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und die SPD stimmen dafür, Enthaltung der CDU, keine Gegenstimmen. Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.

**4. Sitzungstermin 2019**

**003**

Der verfahrensbegleitende Ausschuss beschließt an dem folgenden Sitzungstermin 2019 zu tagen:

**Freitag, den 27.09.2019, um 13.00 Uhr**

Sitzungsort ist das Rathaus der Stadt Essen, die Vorbesprechungen beginnen jeweils 30 Minuten vor der Sitzung.

Der Sitzungstermin wird einstimmig beschlossen.

**5. Aktuelle Entwicklungen in der Region**

- **Sachstand Regionalplan Ruhr aus kommunaler Sicht**  
**Referent: H. Best, Stadt Essen**

Herr Best erläutert anhand einer Power Point Präsentation den Sachstand Regionalplan Ruhr aus kommunaler Sicht. Die Beteiligungsfrist hat am 01.03.2019 geendet. Der RVR ist derzeit damit beschäftigt die ca. 5.000 eingegangenen Stellungnahmen von Bürgern und ca. 120 Stellungnahmen von Behörden/Trägern zu erfassen und technisch zu verarbeiten. Die Stellungnahmen formulieren sehr grundsätzliche Anregungen zur Plankonzeption. Der Überarbeitungsaufwand ist noch nicht absehbar. Allerdings wird die Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) eine zweite Offenlage erfordern. Gemäß einer aktuellen Berichtsvorlage für den RVR-Planungsausschuss am 22.05.19 wird an einer Beschlussfassung vor der Kommunalwahl 2020 festgehalten. Derzeit wird beim RVR ein Moratorium für Regionalplan-Änderungen diskutiert, die Einvernehmenserteilung zu RFNP-Änderungen bleibt hiervon unberührt.

**Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Es gibt keine Anmerkungen.**

**6. Anträge**

./.

**7. Anfragen von Ausschussmitgliedern**

./.

**8. Mitteilungen der Verwaltung**

**Die Präsentationen zu den Tagesordnungspunkten 2. – 5. sind als Anlage beigefügt und stehen zusätzlich auf der Internetseite der Städteregion Ruhr unter <http://www.staedteregion-ruhr-2030.de> als Download bereit.**

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 13:30 Uhr geschlossen.

**B) Nicht öffentlicher Teil**

./.

**Zum nicht öffentlichen Teil gibt es keine Wortmeldungen.**

Die Sitzung wird um 13:30 Uhr geschlossen.

**gez. Kipphardt  
Ausschussvorsitzender**

**gez. Mollen  
Schriftführerin**

**Anlagen**